

STORMARN

Hamburger Abendblatt vom 13.12.16



Kämpfen bisher erfolglos für eine neue Lärmschutzwand an der Kreisstraße 80: Dagmar Coordts und einer ihrer Mitstreiter, Junias Berndt

René Soukup

Schlappe für Gliner Lärmschutz-Initiative

Petitionsausschuss spricht Stadt von Rechtsverstößen an **K 80** frei. Bürger könnten an Kosten beteiligt werden

BARBARA MOSZCZYNSKI

GLINDE :: Rückschlag für die Bürgerinitiative Lärmschutz an der Kreisstraße 80: Nach dem Verkehrsministerium in Kiel hat nun auch der Petitionsausschuss des Landtages die Stadt Glinde von Rechtsverstößen oder Versäumnissen in Sachen Lärmschutz freigesprochen. Die Ausschussmitglieder kommen zu dem Schluss, dass die Stadt „keine Handlungspflicht treffe“, um den maroden Lärmschutzzaun durch einen Neubau zu ersetzen. Sie sei vielmehr berechtigt, die Anwohner für die Herstellung einer neuen Lärmschutzwand zur Kasse zu bitten.

Für die Betroffenen würde das teuer, ein Neubau kostet rund 1,3 Millionen Euro. Laut Baugesetzbuch könnte Glinde dafür Beiträge in Höhe von bis zu 90 Prozent der Aufwendungen erheben. Damit würden pro Grundstück rund 150.000 Euro fällig. Der Petitionsausschuss bringt daher auch die Hoffnung zum Ausdruck, dass Kommune und Anwohner „zu einer möglichst sozialverträglichen Lösung gelangen“. Bürgermeister Rainhard Zug will die Politik auf der nächsten Stadtvertretersitzung am Donnerstag informieren.

Für die 30 Familien, die sich in der Initiative zusammengeschlossen haben, ist das eine bittere Nachricht. Sie sind Anwohner der Straße Stübenkoppel, die dicht an der Kreisstraße liegt, die Hamburg und den Süden Stormarns verbindet.

Dass es hier keine Pufferzone zwischen Wohnbebauung und K 80 gibt, die einst vierspurig ausgebaut werden sollte, kann getrost als Planungsfehler bezeichnet werden. Hier fahren täglich rund 27.000 Autos zwischen Hamburg und Stormarn hin und her, denn die K 80 ist auch Anschlussstelle für die A 1 und die A 24. Dagmar Coordts, Sprecherin der 2009 gegründeten Initiative, sagt: „Im Sekundentakt rauschen Autos heran, Lastwagen donnern über die Straße. Das sei trotz Lärmschutzfenstern zu hören. „Und zu fühlen, wenn der Boden vibriert.“

Zwar gibt es einen 30 Jahre alten Lärmschutzzaun zwischen Stadtgrenze und der K 80. Dieser erfüllt aber nicht seinen Zweck. Ein Gutachten kam schon 2014 zu dem Schluss, dass der Aufbau nicht den Anforderungen entspreche. Zweifel daran merkt auch der Petitionsausschuss an. Rund sieben Monate hatte die Prüfung der Bittschrift gedauert, die Coordts auf Anraten des SPD-Abgeordneten Martin Habersaat an den Landtag gerichtet hatte. Doch der Ausschuss konnte das Problem nicht lösen. Stadt und Kreis teilten sich nach langem Hin und Her die Kosten für den Bau des Lärmschutzzaunes, der nun Glinde gehört. Obwohl der Bauungsplan einen fünf Meter hohen Lärmschutzwall vorsieht, wurde etwas anderes erstellt: eine Wand aus Holzlamellen mit einer dünnen Dämmplatte,

die an Dagmar Coordts' Grundstücksgrenze nur hüfthoch ist.

Auch die aktuellen Verkehrszahlen geben für einen neuen Lärmschutz keine Grundlage her. Basis für den bestehenden Zaun ist eine schalltechnische Untersuchung aus dem Jahr 1980, die von 25.000 bis 30.000 Kraftfahr-



Unsere Auffassung wurde bestätigt, der Verwaltung kann keine Untätigkeit vorgeworfen werden

**Rainhard Zug,
Bürgermeister von Glinde**

zeugen pro Tag ausging. Dieser Wert wurde bis heute nicht übertroffen. Laut Jens Sommerburg, Leiter des Landesbetriebs Straßenbau und -verkehr in Lübeck, wird sich die Zahl auch mit aktuellen Verkehrszählungen nicht ändern: „Die Auswertung aus 2015 liegt

noch nicht vor, aber die Rohdaten lassen erkennen, dass der Verkehr eher stagniert“, sagt er.

Für Glinde Bürgermeister ist der Beschluss des Petitionsausschusses auf den ersten Blick eine gute Nachricht. Er sagt: „Die Rechtsauffassung der Stadt wurde bestätigt und der Verwaltung kann keine Untätigkeit vorgeworfen werden.“ Dieser Vorwurf hatte ebenso im Raum gestanden wie Zweifel daran, ob Glinde alle Fördermöglichkeiten für den Bau einer Lärmschutzwand ausgeschöpft habe. Der Ausschuss hat auch dies geprüft und festgestellt, dass keine Fördertöpfe für eine Lärmschutzwand vorhanden sind.

Eine hohe finanzielle Belastung der Anwohner hält Bürgermeister Rainhard Zug indes für „nicht zumutbar“, wie er sagt. Zusammen mit Reinbek will er beim Kreis einen Vorstoß für eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf der Kreisstraße unternehmen. Auch der Einsatz von Flüsterasphalt bei einem späteren Ausbau sei eine Möglichkeit. Zug: „Wir würden die Mehrkosten tragen.“ Doch derzeit ist kein Ausbau der K 80 geplant.

Dagmar Coordts hat noch eine andere Idee: „Wir erwarten, dass in dem Verkehrsgutachten für die Erweiterung des Gewerbegebietes an der Wilhelmbergner-Straße auch die Situation auf der K 80 geprüft und der Schwerlastverkehr für Lärmschutz in die Pflicht genommen wird.“